

länglich,  
6½ Uhr.  
und Expedition  
Kontingente 33.  
Bettende St. Göttingen.  
Redaktion  
am 11-12 Uhr  
am 4-5 Uhr.  
der für die nächsten  
Tage bestimmt  
den Wochentagen  
die Nachmittags.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

284.

Donnerstag den 10. October.

1872.

## Bekanntmachung.

Die Arbeiten an der Heizungsanordnung in der Peterskirche noch nicht haben beendet zu sein, so bleibt der Gottesdienst in dieser Kirche bis auf Weiteres ausgesetzt.

am 4. October 1872.

Die Kirchen-Inspection daselbst.

Der Superintendent.

Dr. Lechner.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Koch. G. Richter.

## Bekanntmachung,

die Bezahlung der Immobilien-Brandcasen-Beiträge betreffend.

1. October d. J. sind die für den zweiten halbjährigen Term in laufenden Jahre Brandversicherungsbeiträge nach §. 49 des Gesetzes vom 28. August 1862 mit Zug von der Beitragseinheit zu entrichten und werden die hiesigen Haushalter und Abreiter hierdurch aufgefordert, ihre Beiträge von diesem Tage ab spätestens 18 Tagen bei der Brandcasenzettel-Einnahme althier (Rathaus 2. Etage) zu bezahlen. Nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Restanten einzutreten müssen.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Koch. Roth.

## Deutscher Kongress in Eisenach.

V.

ein, 7. October. Nach Eröffnung der Sitzung erhält zunächst das Wort Dr. Koch aus Berlin, Redakteur der Nordde. Allgem.

Dieselbe erklärt sich außer Stande, die

Ansichten mit demselben Wohlwollen

stellen, wie es der Referent gehabt habe.

Es sei so, dass die Preise aller Lebensmittel

durch die Strikte und natürlich auch

Arbeiter selbst, in die Höhe gegangen.

Der Arbeiter empfange zwar mehr Lohn,

selbst aber auch wieder für seinen Unterhalt.

In welcher unbeständigen Weise auf Seite

der Arbeitseinstellungen ver-

steht, dass bewiesen deutlich die Berliner

und die Arbeiter der Pflegelichen Ma-

ssionsarbeit. Der Radner erlässt, trotzdem

fortbestand der Coalitionsfreiheit stimmen

zu. In Bezug auf die Gewerkevereine

ist nicht genügende Erfahrungen vor und

da die bestehenden Vereine über die sie herrschenden Re-

geln zur Tagessordnung übergehen. Rantzau

als Delegierter eines dortigen Gewerks-

chafts in längerer Rede die gegen die

bestehenden Bedenken zu ent-

kräften mit den Arbeitern mit Vertrauen

kommen, und den neuen Organisationen,

für Hebung ihrer Lohn fordern, Zeit

widersetzen geben.

Gneist aus Berlin. Der jetzige Kriegs-

zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

zur Gewerbefreiheit, die notwendige

Zug aufs gewerbliche Leben. Indem

Capital alle Schranken besichtigt wurden,

auch für den Arbeiter diese Schranken

werden. Die Coalitionsfreiheit ist

nicht zurückzuholen, und eine nochwohl-

ige der Coalitionsfreiheit sind wieder die

meiste. Dass die gegenwärtige Kriegslös-

ung ist, kann nicht bestreiten werden,

wie kaum anders kommen. Es habe

er Zeit in den gesetzgebenden Körpern bei-

zu die Gewerbefreiheit vorausgesagt.

Was nun: Was hat zu geschehen, um

höhere Zustände herbeizuführen? Der

Krieg muss durch den regelrechten, ge-

schäftige werden. Wir haben das, wenn wir

den Arbeitern corporative Verbände

gründen, Verbände mit

gewissen und gleichzeitig verantwortlichen

Verbindungen. Rückwärts geht es nicht mehr. Mit

Wissenschaftsgesetz allein kommen wir nicht

Die Gewerbevereine werden nie aufhören,

Organisation zu sein für höhere Zuhör-

ungen, diese Eigenschaft ist ihnen nicht zu-

gehen. Die Folge davon wird und muss sein,

die Unternehmer, die Arbeitgeber eben-

sozialisieren. Die Arbeitseinstellungen wer-

den viel seltener, sie werden aber, wenn sie

aufzubrechen, weit gräßiger und gefährlicher

werden man jahrelange Erfahrungen ge-

, nachdem Langleben von Erfahrungen zu

gegenüber wird man mit dem Erfolg

noch vorsichtig werden und vorsichtig

zu dazu fahren. Die Frage entscheidet, ob wir

, wie es in England geschehen, durchmachen

Durch die Vermittlungskommissionen

gewiss werden wird man zwar in der

den Frieden wieder herstellen, aber es

noch genug andere Fälle übrig bleiben

dass diese Fälle werden die schlimmsten

sollten wir die leidvollen beitreten, so muss

bedroht mit Zwangskaracter gesetzliche

maß werden. Es ist nicht zu längen,

Abstand, so viele Millionen Arbeiter ge-

gen als Kriegsmacht zu organisieren, bei-

senden Glassen auf große Beschränkungen

verwiesen seien. Der Weg, diese Abne-

mensituation, sei der, dass der Staat und

einander in der ganzen vorliegenden Frage

zusammen treten und die Normativ-

ungen für die neuen Einrichtungen ge-

meinschaftlich festlegen müssen. Der Redner

schließt seinen Vortrag unterbrochenen

Wort mit dem Wunsche, dass es gelingen

möge, die Gleichberechtigung in Wahrheit mit

Hilfe der vorgeschlagenen Institutionen durchzu-

führen.

Franz Dunder aus Berlin bekämpft die

Ansicht, dass man, wie es ein Redner gewünscht

nur von oben herab, seitens des Staates organi-

sierte. Wie man die Schulz-Delbrück'schen

Schöpfungen, die bereits so mächtig entwöhnt

sind, als verfehlte Versuche bezeichnete könnte, be-

greife er nicht. Es ist dringend notwendig, den

Geist der Association, der in den Waffen unterliegt

Volk zu unterstützen. Gewiss ist es eine

starke Zumutung an die Besiegenden, die Orga-

nisationen der Arbeiter zu unterstützen, aber,

wenn sich unsere Gemeinschaftswelt auf gesun-

der und friedlicher Basis vollziehen soll, dann

geht es nicht anders. Nicht einverstanden kann

sich der Redner mit dem Vorschlag des Vorsitzenden

erklärt, dass die Staats- und die Gemeinde-

behörden zusammen über die neuen Einrichtungen

beschlüsse sollen. In den Gemeindebehörden

haben die bestehenden Clasen zu großen Einschluss,

und es würde daher gleich von vornherein für

die Arbeiter wieder ein Reim des Mißtrauens

gelegt sein. Unterstützt man die Gewerkevereine,

so leitet man den Strom der Arbeiterbewegung

in das richtige Bett und es kann wohl die be-

stimmte Hoffnung gehegt werden, dass Deutschland

in der Behandlung dieser Angelegenheit sich

von seinen Nachbarstaaten, namentlich aber von

Frankreich unterscheidet, wo man die soziale Frage

immer nur mit Verboten aus der Welt zu

schaffen versucht habe. (Vorfall)

Graß aus Bingen thiebt die aus dem Betrieb

seiner Fabrik gewonnenen Erfahrungen mit und

will die Arbeiter als würdige Mitglieder der

menschlichen Gesellschaft in jeder Hinsicht behan-

deln wissen, wenn sie sich würdig bewegen.

Referent Prof. Schmoller führt in seinem

Schlußwort aus, dass er mit seinen Bemerkungen

über die Arbeitseinstellungen vielfach mißverstan-

den worden ist. Er wiederhole, dass er die

Strikte für ein Unglück holt, doch er indessen

die dogmatischen gerichteten Überlebenden Darlegungen

eines großen Thellis der Presse nicht anerkenne.

Der Referent protestiert energisch dagegen, dass er

eine aufrechte Sprache geführt, im Gegenteil,

seine Sprache ist die Sprache der Verhöhnung

gegen.

In der Spezialdebatte beschließen sich Prof.

v. Holzendorff, Prof. Brentano, Bau-

meister Hellisch aus Berlin, welcher in eindrucksvoller

Weise und mit einer Menge von statisti-

chem Material an der Hand nachweist, dass in

Berlin bei der Arbeitseinstellung der Maurer mit

der Coalitionsfreiheit der größte Mißbrauch ge-

trieben worden ist, trotzdem aber noch nicht für die

Aufhebung oder Bekämpfung derselben stimmen will. Weiß aus Frankfurt, welcher große Bedenken

gegen die Resolutionen äußert, weil durch die

Organisation der Gewerkevereine nur neue Glassen-

unterschiede geschaffen würden. Schmid aus

Berlin, welcher energisch sich für den Erlass

straffer Strafbestimmungen gegen den Arbeits-

Contractbruch vertheidet. Geh. Hofrat Roscher aus

Leipzig, welcher die Coalitionsfreiheit ge-

genau bestreitet, aber es ist vorsichtig

zu dazu fahren. Die Frage entscheidet, ob wir